

Ansbacher „Barton Barracks“ sind auf der Streichliste

Der Sparkurs der US-Streitkräfte trifft zwei Kasernen in Bayern — Umwandlung in Behörde oder Bildungseinrichtung?

ANSBACH — Die US-Streitkräfte ziehen sich aus Kostengründen von Standorten in Europa zurück. In Bayern sind Ansbach und Garmisch-Partenkirchen betroffen.

Der Sparkurs der US-Streitkräfte trifft mit den „Barton Barracks“ eine Kaserne in Ansbach. 500 Soldaten und zivile Mitarbeiter würden versetzt, so Standortsprecherin Cornelia Summers; die meisten innerhalb Ansbachs. Nur die Schule für Angestellte des US-Verteidigungsministeriums soll nächstes Jahr komplett nach

Rheinland-Pfalz verlegt werden. Ein für 5,5 Millionen Dollar geplanter Neubau ist hinfällig. Allerdings: Der Umzug, so Summers, betreffe „höchstens zwei“ Zivilangestellte.

Das amerikanische Verteidigungsministerium gab jetzt bekannt, Einrichtungen in ganz Europa zu schließen, um Kosten zu sparen. Neben der Einrichtung in Ansbach soll auch die „Artillery“ Kaserne in Garmisch-Partenkirchen aufgegeben werden, allerdings nur teilweise.

Die „Barton Barracks“ sind eine von fünf US-Kasernen in der Stadt.

Jene soll voraussichtlich 2021 zugemacht werden. Trotz der Schließung betonte Summers, dass das amerikanische Militär nicht vorhabe, sich komplett aus Ansbach zurückzuziehen.

Die Fläche, auf der in den 1930er Jahren die Nazis die fragliche Kaserne errichteten, gehört dem Bund. In dessen Verwaltung geht das Areal nach Abzug der US-Armee über. Danach überprüft die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, ob staatlicher Bedarf besteht. Trifft dies nicht zu, kann die Kommune das Gelände erwerben. Die Stadtverwaltung denkt

bereits über die Nutzung des 14 Hektar großen Geländes nach. „Die Fläche eignet sich sowohl als Behördenstandort, für Wohnungen oder als Fläche für Bildungseinrichtungen“, sagte Bürgermeisterin Carda Seidel (parteilos).

Rund um die Militäreinrichtungen in Ansbach leben und arbeiten 13 000 Menschen, darunter 3000 Soldaten. Der Standort hatte in der Vergangenheit immer wieder für Ärger gesorgt: Bürger beschwerten sich wegen des Fluglärms, der durch US-Hubschrauber verursacht wird. *nn/flz/dpa*